

## Presseinformation

9. September 2003

### **NÖ Gesundheitswesen soll andere Struktur erhalten**

#### **Schabl: Steuerungsgremium als höchste Ebene**

Das niederösterreichische Gesundheitswesen, seine Planung und Finanzierung, die Vernetzung der Krankenhäuser mit dem extramuralen Bereich der niedergelassenen Ärzte - all das soll laut Landesrat Emil Schabl in einer Dachorganisation und damit einem Steuerungsgremium zusammengefasst werden. Diesem Steuerungsgremium könnten Vertreter des Bundes, des Landes Niederösterreich, der Gemeindevertreterverbände, der Sozialversicherungen und der Ärztekammer angehören. Eine Ebene darunter, so Schabl, ist der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS) angesiedelt, der weiterhin die fachlichen Planungen, die Leistungsabrechnungen der Spitäler, die Festlegung der Qualitätskriterien oder die Bauvorhaben in Krankenhäusern zu erledigen hat. Wieder eine Ebene darunter sind regionale fünf Holdings. Sie hätten unter weitgehend selbstverantwortlicher Geschäftsführung die Aufgabe, die Vernetzung der regionalen Krankenhäuser oder der Krankenanstaltenverbände, aber auch der niedergelassenen Ärzte zu verbessern. Jede Region bekäme ein Budget. Das Eigentum der Krankenhäuser könnte weiterhin bei den bisherigen Spitalserhaltern bleiben. „Wir erwarten uns in der Region eine bessere und verstärkte Zusammenarbeit sowie Einsparungen und Synergieeffekte“, sagte Schabl. Auch werde klar geregelt sein, welche Spitäler nur Grundversorgung machen oder als Schwerpunktkrankenhäuser fast alle Bereiche der Medizin wahrnehmen. „Das ist etwas, auf das man aufbauen kann, das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung in Niederösterreich im Bereich der Verbesserung und Sicherung der Gesundheitsversorgung sowie des effizienten Mitteleinsatzes“, so Schabl.

Bis Ende des nächsten Jahres sollen die Konzepte, so Schabl, auf dem Tisch liegen. Die Umsetzungsphase plant er für 2005. In den ersten zwei, drei Jahren erwartet sich Schabl „höhere Kosten“. Mittel- und langfristig würde man aber durch das neue Modell zu massiven Kosteneinsparungen kommen. Dennoch führt sein Modell nicht an Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge vorbei.